

Sitzungsniederschrift

Gremium: **Interims-Rat**
Datum: **Donnerstag, 31. August 2017, um 17:00 Uhr**
Ort: **Ratssaal des Rathauses**



Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 21:15 Uhr

Anwesend:	Altrock, Stephanie Bosse, Cornelia Broughman, Stefan Cohn, Mike Diedrich, Friedrich-Wilhelm Dinter, Norbert Doil, Hans-Joachim Engelke, Ulrich Fox, Andreas Girod-Blöhm, Alexandra Gogolin, Gabriele Grune, Margit Hahn, Günter Heineck, Axel Heister-Neumann, Elisabeth Ide, Guido Jacobs, Henning Jeglortz, Heiko Junglas, Klaus Kalisch, Wolfgang Klimaschewski-Losch, Ina Kühl, Yvette Lickfett, Uwe Preuß, Friedrich Rippel, Egbert Romba, Christian Rosinski, Charitha Ryll, Martin Schadebrodt, Petra Schmidt, Christian Schünemann, Hans-Jürgen Strümpel, Uwe Viedt, Hans-Henning Waterkamp, Axel Dr. Weferling, Stefan Wiesenborn, Petra Winkelmann, Wilfried Zogbaum, Dirk
-----------	---

von der Verwaltung:
Schobert, Wittich (Bürgermeister)
Otto, Henning Konrad (Erster
Stadtrat)
Bode, Thomas
(Geschäftsbereichsleiter III)
Schulze, Jens (Protokollführer)

Bürgermeister

Ratsvorsitzende/r

Protokollführer/in

durchschnittliche Zahl der Zuschauer im Internet: 144

Tagesordnung - Öffentliche Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung
TOP 2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
TOP 3	Feststellung der Tagesordnung
TOP 4	Einwohnerfragestunde
TOP 5	Fragestunde des Rates
TOP 6	Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses
TOP 7	<u>V140/17</u> Bericht über die am 07. und 08.12.2016 durchgeführte unvermutete Kassenprüfung der Stadt Helmstedt (einschl. der Zahlstellen)
TOP 8	<u>V147/17</u> Annahme von Zuwendungen durch den Interims-Rat
TOP 9	<u>V142/17</u> Schaffung neuer Krippen- und Kindergartengruppen
TOP 10	<u>V136/17</u> Bauleitplanung Helmstedt; Bebauungsplan S 356 Bad Helmstedt Teilbereich II (1. Änderung) Satzungsbeschluss -
TOP 11	<u>V137/17</u> Bauleitplanung Helmstedt; Örtliche Bauvorschrift für Bad Helmstedt (Neufassung) Satzungsbeschluss
TOP 12	<u>V138/17</u> Bauleitplanung Helmstedt; Örtliche Bauvorschrift über Gestaltung für den Helmstedter Altstadtbereich (1. Änderung) Satzungsbeschluss -
TOP 13	<u>V139a/17</u> Bauleitplanung Helmstedt; Bebauungsplan Nr. J 333 Edelhöfe/Beek - Satzungsbeschluss -
TOP 14	<u>V145/17</u> Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Helmstedt vom 27.07.2017: 1. Sachstand Stadtentwicklungskonzept
TOP 15	<u>V145/17</u> Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Helmstedt vom 27.07.2017: 2. Sachstand Ansiedlung EDEKA (u.a. Stand der Planung)
TOP 16	<u>V145/17</u> Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Helmstedt vom 27.07.2017: 3. Sachstand Parkraumbewirtschaftungskonzept
TOP 17	<u>V146/17</u> Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Helmstedt vom 27.07.2017; Antrag auf Einrichtung des Bau- und Umweltausschusses; - abgesetzt -
TOP 18	<u>V148/17</u> Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Helmstedt vom 06.08.2017; Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs
TOP 19	<u>V150/17</u> Festlegung eines abweichenden Termins für die mögliche Stichwahl zur Bürgermeisterwahl
TOP 20	<u>V126a/17</u> Verwaltung der Kirchlichen Friedhöfe St. Stephani und St. Marienberg; - Betriebsübergang auf die Stadt Helmstedt zum 01.01.2018 -
TOP 21	<u>V152/17</u> Beschluss über den Gesamtabchluss 2015
TOP 22	Bauleitplanung Helmstedt; Bebauungsplan Nr. J 358 Poststraße-Mitte Auslegungsbeschluss, 2. Durchgang -; - abgesetzt -
TOP 23	<u>V158/17</u> Neuabschluß der Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe im Landkreis Helmstedt
TOP 24	<u>V157/17</u> Platzsituation in den Grundschulen überprüfen; Antrag von Hrn. Engelke, Ratsherr DIE LINKE.
TOP 25	Bekanntgaben
TOP 25.1	<u>B038/17</u> Ablösung der Pflicht zur Herstellung notwendiger Einstellplätze
TOP 26	Einwohnerfragestunde

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ratsvorsitzende Elisabeth Heister-Neumann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Heister-Neumann stellt die ordnungsgemäße Ladung des Interims-Rates der Stadt Helmstedt fest. Sie bittet Herrn Schulze, die Anwesenheit festzustellen. Im Anschluss daran stellt sie fest, dass die Beschlussfähigkeit des Interims-Rates der Stadt Helmstedt gegeben ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Ratsvorsitzende fragt, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt.

Herr Engelke beantragt, dass der Punkt 7 des nichtöffentlichen Teils der Sitzung (Projekt Edelhöfe; Verkauf von städtischen Flächen an die Kreis-Wohnungsbaugesellschaft mbH) unter Hinweis auf § 64 NKomVG in den öffentlichen Teil der Sitzung verlegt wird.

Bürgermeister Wittich Schobert antwortet, dass es sich aufgrund der Vertragsdetails um einen in nichtöffentlicher Sitzung zu beratenden Tagesordnungspunkt handele. Er empfiehlt den Mitgliedern des Interims-Rates, dem Antrag von Herrn Engelke nicht zu folgen.

Die Ratsvorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Engelke abstimmen. Der Antrag wird mit 33 NEIN-Stimmen bei 2 JA-Stimmen sowie 4 Enthaltungen abgelehnt.

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass der Punkt 22 verwaltungsseitig von der Tagesordnung abgesetzt wird, da die Vorlage noch nicht erstellt werden konnte. Zudem weist er ausdrücklich darauf hin, dass die Punkte 20 - 24 nachgemeldet wurden.

Die Ratsvorsitzende gibt bekannt, dass der Punkt 17 ebenfalls von der Tagesordnung abgesetzt wird, da die SPD-Fraktion ihren Antrag zurückgezogen hat

Die Ratsvorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Diese wird mit 37 JA-Stimmen bei 1 NEIN-Stimme sowie 1 Enthaltung angenommen und somit festgestellt.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Den anwesenden Einwohnern wird Gelegenheit gegeben, sich zu den Tagesordnungspunkten und zu sonstigen Angelegenheiten der Gemeinde zu äußern, sowie Fragen an die Ratsmitglieder und die Verwaltung zu stellen. Hiervon wird in 3 Fällen zu den Themen Parkraumkonzept, Bau eines Edeka-Marktes sowie allgemeinen Fragen zur Durchführung von Ratssitzungen Gebrauch gemacht.

TOP 5 Fragestunde des Rates

1. Herr Junglas - Schaffung neuer Krippen- und Kindergartengruppen

Herr Junglas richtete mit Blick auf die angedachte Schaffung von zusätzlichen Krippen- und Kindergartenplätzen per Email folgende Fragen an die Verwaltung:

- a) Wer ist der Investor des Projektes und wie hoch ist der Eigenanteil der Stadt an der Investition von 2.225.000€?
- b) Kann die Stadt Helmstedt für das Projekt Fördermittel erhalten und wenn ja, in welcher voraussichtlichen Höhe?
- c) Mit welchen Folgekosten, die nicht durch Einnahmen gedeckt sind, muss für die Stadt ab wann gerechnet werden?

Er würde es begrüßen, wenn diese Fragen in einer A-Vorlage beantwortet werden könnten, die allen Ratsmitgliedern kurzfristig zur Verfügung gestellt werde. Dieses sei bedauerlicherweise nicht erfolgt. Daher richtet er seine Fragen erneut an den Bürgermeister. Gleichzeitig bittet er darum, dass bei Investitionsprojekten künftig auch die Finanzierung in der Vorlage dargestellt wird.

Der Bürgermeister beantwortet die Fragen von Herrn Junglas wie folgt:

zu a) Der Beschlussvorschlag der Vorlage V 142/2017 sieht unter Ziffer 1 die Schaffung einer neuen Krippengruppe mit 15 Plätzen sowie zwei neuen Kindergartengruppen mit insgesamt 50 Plätzen am Standort Streplingerode in Kooperation mit dem DRK-Kreisverband Helmstedt e.V. vor. Investor dieses Projektes wäre der DRK-Kreisverband Helmstedt e. V. Ein städt. Eigenanteil an den Investitionskosten ist nicht vorgesehen. Die Refinanzierung der ungedeckten Investitionskosten soll über kalkulatorische Mietzahlungen im Rahmen der jährlichen Betriebskostenabrechnung erfolgen und wäre somit dem Bereich des Aufwands zuzurechnen.

zu b) Seitens der Stadt Helmstedt wurden bereits mit Datum vom 02.08.2017 bei der Niedersächsischen Landesschulbehörde Anträge gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für den Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren (RAT) auf Bezugsschussung der Kosten für die Schaffung von insgesamt 3 neuen Krippengruppen gestellt. Im Rahmen dieses Programms können als Festbetragfinanzierung 12.000,00 € je geschaffinem Krippenplatz, somit 180.000,00 € für eine reguläre Krippengruppe, gewährt werden. Darüber hinaus werden nach Abschluss der Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe im Landkreis Helmstedt auch beim Landkreis Helmstedt als örtlichem Träger der öffentlichen Jugendhilfe Anträge auf Bezugsschussung der Maßnahmen gestellt. Die Vereinbarung sieht für die Schaffung von Krippen und Kindergartenplätzen jeweils Zuschüsse in Höhe von max. 180.000,00 € je Gruppe vor. Zum jetzigen Zeitpunkt hat der Landkreis Helmstedt bereits Kenntnis von den beabsichtigten Maßnahmen.

zu c) Die konkret auf die Stadt Helmstedt entfallenden Folgekosten (=Betriebskosten) können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht genau beziffert werden, da beispielsweise die tatsächliche Höhe der Baukosten sowie auch die späteren Personalkosten nicht belastbar vorliegen. Für den Haushalt des Jahres 2018 wurde darum zunächst die Betriebskostendefizitabdeckung für insgesamt 5 zusätzliche Gruppen (3 Krippengruppen, 2 Kindergartengruppen) auf der Basis von durchschnittlichen Jahresbetriebskostenzuschüssen für Krippengruppen i.H. v. rd. 68.700 € eingerechnet (für 2018 zunächst für 5 Monate).

2. Herr Engelke - Fragen zur privaten Wohnungsbaugesellschaft BelaVita Wohnen GmbH

Herrn Engelke wurden Beschwerden über die Wohnungsbaugesellschaft BelaVita Wohnen GmbH zugetragen. So werden Reparaturen kaum noch vorgenommen und im späten Frühjahr kam es zu einer Abstellung der Gasversorgung und einem monatelangen Heizungsausfall, weil der Versorger wegen Nichtzahlung die Anschlüsse sperrte. Auf Anfragen von Mietern werde nicht reagiert. Eine Kommunikation mit der Gesellschaft erscheine als schwierig bis unmöglich. Die Gesellschaft vermietet sehr viele 4- bis 5-Zimmerwohnungen und stellt in diesem für junge Familien wichtigen Bereich den größten Anteil in Büddenstedt. Er stellt folgende Fragen:

- a) Sind der Verwaltung Beschwerden über Mängel in den Wohnungen der BelaVita Wohnen GmbH bekannt und wird die Verwaltung Initiative ergreifen, um die Wohnsituation zu verbessern und zu stabilisieren?
- b) Besitzen Kommunen Anteile an dieser Wohnungs firma?
- c) Sieht die Verwaltung eine Möglichkeit, den Wohnungsbestand der BelaVita in öffentliches Eigentum zu überführen und übernimmt die Verwaltung die Kommunalisierung der Wohnungen in die Wunschliste der Stadt?

Der Bürgermeister sagt zu diesem Thema eine schriftliche Beantwortung zu.

3. Herr Engelke - Fragen zu Ganztagschulplätzen

Herr Engelke stellt zu o. a. Thema die nachfolgenden Fragen:

- a) Trifft es zu, dass für die Gewährung eines Ganztagschulplatzes nachgewiesen werden muss, dass der Platz aus beruflichen Gründen notwendig ist?
- b) Trifft es zu, dass Eltern teilweise abgewiesen wurden und um wie viele Fälle handelt es sich aktuell?

Der Bürgermeister antwortet, dass es keine Nachweispflicht oder Kriterien für die Inanspruchnahme eines Ganztagschulplatzes gebe. Daher sei auch kein Fall einer Abweisung von Grundschülern, die einen Ganztagschulplatz nutzen wollten, bekannt.

4. Herr Heineck - vorübergehende Schließung des Kindergartens Büddenstedt

Bei Herrn Heineck haben sich Eltern beschwert, da sie am Mittwoch, 30.08.2017 erfahren haben, dass am 31.08. und am 01.09. eine Gruppe des Kindergartens in Büddenstedt ausfällt. Die Eltern mussten sich so um eine Ausweichunterbringung für ihre Kinder bemühen. Die Kindergartenleitung verwies auf eine Absprache mit der Stadt Helmstedt. Man habe auch keinen Ersatz für fehlende Erzieherinnen. Man frage sich nun, warum man keinen Ersatz aus Helmstedt angefordert habe.

Der Bürgermeister antwortet, dass sich eine Erzieherin im Laufe des Tages (30.08.2017) krank gemeldet habe. Da es bereits in allen Kindergärten mehrere Krankheitsfälle gab, kam es zu dieser prekären Lage. Man konnte somit keinen Ersatz aus einem anderen Kindergarten anfordern. Die Verwaltung habe aber sofort reagiert. Für den Bereich des Kiga Büddenstedt wurde eine Notgruppe eingerichtet. Darüberhinaus wurden auch Alternativplätze z. B. im Kiga Offleben angeboten. Von dieser Möglichkeit wollten die Eltern allerdings keinen Gebrauch machen. Man sei sehr intensiv auf Personalsuche, allerdings gestalte sich dies sehr schwierig. Es gebe leider eine große Fluktuation in diesem Bereich. Aktuell habe man wieder 2 Springerkräfte eingestellt, allerdings stehen diese Kräfte erst ab Ende September zur Verfügung.

5. Herr Zogbaum - Änderungen für die Bürger der ehem. Gemeinde Büddenstedt durch die Fusion

Herr Zogbaum fragt an, ob die Vorwahl und die Postleitzahl der ehemaligen Gemeinde Büddenstedt wie bisher erhalten bleibt oder ob mit Änderungen zu rechnen sei. Der Bürgermeister erwähnte in der Einwohnerfragestunde, dass der Erhalt der Postleitzahl mittelfristig erhalten bleibe. Viele Bürger stellen sich nun die Frage, ob sie die neue Adresse nun bei Banken, Versicherungen usw. ändern sollen oder ob man nun warte, ob sich evtl. doch noch die Postleitzahl ändere. Die Bürger wünschen sich von der Verwaltung eine Art Leitfaden bzw. Merkblatt, welche Aufgaben man nun nach der Fusion habe. Er stellt daher die Frage, ob die Verwaltung so etwas plane.

Der Bürgermeister antwortet, dass so etwas z. Zt. nicht in Planung sei. Man werde aber den Hinweis von Herrn Zogbaum aufgreifen und einen Leitfaden erarbeiten.

TOP 6 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es nichts zu berichten.

TOP 7 Bericht über die am 07. und 08.12.2016 durchgeführte unvermutete Kassenprüfung der Stadt Helmstedt (einschl. der Zahlstellen)

V140/17

Herr Junglas gibt den Bericht über die unvermutete Kassenprüfung anhand der Vorlage bekannt.

Er weist daraufhin, dass er im Prüfbericht auf Seite 12 unter Ziffer 10 einen Fehler gefunden habe. Dort ist zu finden:

"Der Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Helmstedt (AEH) ist eine nicht wirtschaftliche Einrichtung der Stadt Helmstedt ...".

Das Wort "nicht" müsse gestrichen werden, da es sich bei der AEH um eine wirtschaftliche Einrichtung handele.

Der Interims-Rat der Stadt Helmstedt nimmt den Bericht sodann zur Kenntnis.

TOP 8 Annahme von Zuwendungen durch den Interims-Rat

V147/17

Herr Cohn gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Romba lobt das Engagement des Elternvereines der Grundschule St. Ludgeri, die über 15.000 Euro für die Gestaltung des Schulhofes zur Verfügung gestellt haben.

Sodann fasst der Interims-Rat der Stadt Helmstedt einstimmig nachfolgenden

Beschluss

Die in der Vorlage 147/2017 aufgeführten Zuwendungen werden angenommen.

TOP 9 Schaffung neuer Krippen- und Kindergartengruppen

V142/17

Herr Schmidt und Herr Dinter verlassen den Ratssaal bzw. setzen sich in den Zuhörerbereich.

Herr Romba gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Der Bürgermeister ergänzt zur Vorlage, dass man ein verändertes Wunschverhalten der Eltern feststellen könne. Als man vor 5 Jahren intensiv in die Frage des Angebotes von Krippengruppen eingestiegen ist, sei man davon ausgegangen, dass zum einen über den Bereich der Tagesmütter ein Drittel des Betreuungsbedarfes gedeckt werde und zum anderen sei man davon ausgegangen, dass im Bereich der alten Bundesländer das Interesse an Krippenplätzen bei ungefähr 30 Prozent liege. Der Landkreis Helmstedt kann nun das gesetzte Ziel, eine Quote von 30 Prozent über Tagesmütter zu erreichen, nicht einhalten, da es nicht

genügend Tagesmütter gebe. Alle Kommunen des Landkreises seien derzeit dabei, ihre Planungen an die neue Situation anzupassen. Zudem sei das Interesse der Eltern an einem Krippenplatz steigend. Aktuell liege die Quote zwischen 35 und 40 Prozent. Daher mache es Sinn, perspektivisch mindestens 3 neue Kinderkrippengruppen zu schaffen. Berücksichtigen müsse man allerdings auch, dass die Zahl der Kinder der Flüchtlinge zu einer Erhöhung des Bedarfes geführt haben. Im Kindergartenbereich werde man in der Kernstadt 2 neue Gruppen schaffen. Rechnerisch gesehen decke man den Bedarf mit den vorhandenen Kindergärten, allerdings sei auch für die Einwohner eine wohnortnahe Betreuung sehr wichtig. Durch 2 neue Gruppen in Helmstedt biete man weitere Alternativen. Die Umsetzung könne mit dem DRK sehr schnell erfolgen, man werde aber auch mit den anderen beiden Anbietern weiterhin im Gespräch bleiben, denn das Thema werde auch in der Zukunft immer wieder aktuell sein.

Für Herrn Engelke wurde die Platzbedarfssituation schlichtweg verschlafen. Man habe die Entwicklung der Kinderzahl unterschätzt. Positiv sei jedoch, dass man jetzt handele. Er werde deshalb auch dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Strümpel geht zu Anfang seiner Ausführungen auf seine eigene Kindheit ein. Früher wurde in Großfamilien gelebt und man passte gegenseitig auf sich auf. Die Gesellschaft habe sich aber nun geändert. Immer mehr berufstätige Eltern seien darauf angewiesen, ihre Kinder in entsprechende Einrichtungen zu geben. Krippen- und Kindergartenplätze werden nicht mehr in Frage gestellt. Der Personalschlüssel wurde verbessert, allerdings gebe es immer weniger Kräfte auf dem Arbeitsmarkt. Die Nachfrage nach entsprechenden Plätzen steige enorm. Bis Mitte 2016 war das Angebot in Helmstedt annähernd bedarfsgerecht. Anfang 2017 zeigte sich eine Erhöhung des Bedarfes. Darauf haben die Vertreter der Kindergärten in Gesprächen mit der SPD hingewiesen. Es gab eine Sondersitzung des AJFSS, in der über dieses Thema intensiv gesprochen wurde. Zuschüsse für neue Krippenplätze werde es auch vom Land Niedersachsen geben. Das Deutsche Rote Kreuz werde 2 neue Kindergartengruppen und eine neue Krippengruppe schaffen. Dies reiche allerdings bei weitem nicht aus. Man müsse weiter zügig an einer Umsetzung neuer Gruppen arbeiten. Herr Theisen hat in einer Mail an die Ratsmitglieder den Bedarf für St. Ludgeri schon für das Jahr 2016 gesehen und eine Erweiterung der Gruppen gefordert. Man sollte überlegen, ob man dort auch zeitnah tätig werden könne. Bei aller Wertschätzung für das DRK sollten auch andere Träger zum Zuge kommen. Deshalb müsse man ein Gesamtkonzept erstellen, um alle Bedarfe zu decken. Der Bedarf an neuen Plätzen werde auch in der Zukunft weiter zunehmen. Die Geburten steigen wieder, weil die Angebote im frühkindlichen Bereich deutlich besser geworden sind. Alle Parteien im Landtag versprechen gebührenfreie Plätze. Ohne Gebühren werden die Anmeldungen weiter steigen. Der Ausbau von Krippen- und Kindergartengruppen habe höchste Priorität. Man sollte das ehrgeizige Ziel haben, dass zum nächsten Kindergartenjahr alle Kinder einen Platz bekommen. Der Vorlage als Auftakt dazu stimme die SPD-Fraktion sehr gern zu.

Herr Doil macht deutlich, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Vorschlag der Verwaltung sehr gerne zustimmen wird. Man freue sich über die steigende Zahl an Kindern in der Stadt Helmstedt. Es wäre wünschenswert, wenn auch die Zahl der benötigten Erzieherinnen möglichst kurzfristig diesem Bedarf entsprechend steigen würde. Man müsse sich Gedanken über die Förderung der Ausbildung dieser Berufe machen. Es sei bekannt, dass es in Helmstedt schon seit längerem nicht genügend Kita-Plätze gebe. Im AJFSS am 31.05.2017 wurde bekannt gegeben, dass man sich der Sache annehmen wolle. Nach relativ kurzer Zeit werde nun entsprechend gehandelt. Der Punkt 2 des Beschlussvorschlags dürfe allerdings nicht aus den Augen verloren werden, damit bald weitere Schritte folgen können. Er spricht zudem die fehlende Wertschätzung für die Tagesmütter bzw. -väter an. Daher erfülle man auch nicht die Quote von einem Drittel.

Herr Ide blickt zurück auf die Sitzung des AJFSS am 31.05.2017. Damals wurde darüber gesprochen, wie man innerhalb kürzester Zeit und ohne Schwierigkeiten ca. 50 Kita-Plätze schaffen könne. Die vorliegende Beschlussvorlage der Verwaltung zeige 4 mögliche Lösungen auf. In der FDP-Fraktion wurde alle möglichen Lösungen intensiv geprüft. Es stellte sich die

Frage, wieviel Geld bekomme man für wieviel Leistung bzw. wieviel Geld gebe man aus für welches Ergebnis. 50 Kindergartenplätze und 15 Krippenplätze seien zu der in der Vorlage genannten Summe durchaus die beste Lösung. Man müsse jedoch auch Bedenken, dass die Kinder dann auch in das Grundschulalter kommen und dort immer mehr eine Ganztagesbetreuung angefragt werde. Man müsse ein zukunftssicheres Konzept erarbeiten. Die Punkte 1 und 2 der Beschlussvorlage finden die volle Zustimmung der FDP-Fraktion und daher werde man der Beschlussvorlage auch zustimmen.

Frau Bosse zeigt sich erfreut, dass im Bereich der Kita-Plätze in den vergangenen Jahren viel getan wurde. Es wurde viel dafür getan, dass sich junge Familien in Helmstedt wohlfühlen. Bauplätze wurden erschlossen, das Mehrgenerationenhaus, das Brunnentheater, Sport- und Kulturveranstaltungen wurden unterstützt und Kinderbetreuungsangebote wurden ausgebaut. Eine vernünftige Planung für ein attraktives und bedarfsgerechtes Betreuungsangebot sei sehr wichtig. Im vor einigen Jahren erarbeiteten Eckpunktepapier zur Kinderbetreuung wurde immer wieder deutlich gemacht, dass Sicherheitsreserven für freie Plätze vorgehalten werden müssen. In der Vorlage der Verwaltung finde man gute Konzeptideen von Seiten des DRK, der Kirchengemeinde St. Ludgeri und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, um Kinder von Anfang an auf ihrem Lebensweg zu begleiten. Die Einrichtung neuer Krippen- und Kindergartenplätze wird dazu beitragen, den jungen Familien die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Gerade in den ersten Lebensjahren werde der Grundstein für eine erfolgreiche Bildungsbiographie gelegt. Die CDU-Fraktion möchte die Eltern dabei unterstützen. Daher werde man der Vorlage zustimmen, damit durch eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung gepaart mit einer liebevollen Betreuung und Erziehung aus den Kindern erfolgreiche und erwachsene Menschen werden.

Herr Junglas bringt zum Ausdruck, dass die SPD-Fraktion ausdrücklich das DRK-Projekt an der Streplingerode begrüßt. Er dankt in diesem Zusammenhang Herrn Schmidt für die umfangreichen Initiativen. Er dankt zudem der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung seiner Fragen. Er regt an, für den Fall, dass man Investitionszuschüsse vom Landkreis Helmstedt bekomme, zu überlegen, ob sich die Stadt nicht doch an der Investition mit diesen Mitteln beteiligt, um damit hinterher Betriebskosten sparen zu können.

Herr Preuß bedauert, dass die Familien immer mehr auseinander gerissen werden. Es findet eine Abnabelung von den Eltern statt. Gerade die ersten Jahre seien für die Kinder wichtig. Es müsse eine Bindung der Familie geschaffen werden. Die Schaffung von Krippen- und Kindergartenplätzen sei in der heutigen Zeit sehr wichtig. Aus seiner Sicht müssen sämtliche Krippen- und Kindergartenplätze kostenfrei sein. Flüchtlingskinder und Kinder von Hartz 4 Empfängern zahlen keine Gebühren, alle anderen, die arbeiten gehen und Steuern zahlen, zahlen Gebühren für die Unterbringung ihrer Kinder. Das sei nicht gerecht. Er vertritt die Meinung, dass entweder niemand Gebühren bezahlt oder alle einen gewissen Obolus zahlen. Es müssen genügend kostenfreie Kindergartenplätze vorhanden sein.

Herr Strümpel ergänzt, dass die Kinder, die im Kindergarten waren, mit einer besseren Bildung und einer besseren Sozialkompetenz in die Schule kommen. Gerade Einzelkinder müssen lernen, wie man mit anderen Kindern umgeht. Der Kindergarten ist eine gute Vorbereitung auf eine erfolgreiche Schulzeit.

Sodann fasst der Interims-Rat der Stadt Helmstedt einstimmig nachfolgenden

Beschluss

1. In Kooperation mit dem DRK-Kreisverband Helmstedt e.V. werden am Standort Streplingerode entsprechend der vorliegenden Planungen zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine neue Krippengruppe mit 15 Plätzen und zwei neue Kindergartengruppen mit insgesamt 50 Plätzen auf Grundlage der vorliegenden (Kosten)Planung geschaffen. Der im Rahmen der Maßnahme zu erbringende und darin eingerechnete

Stadtanierungskostenaufwand ist dem Teilbudget 21 zuzuordnen.

2. Hinsichtlich der Schaffung weiterer Krippen- und Kindergartenplätze werden die Gespräche mit den möglichen Trägern DRK-Kreisverband Helmstedt e.V., Kirchengemeinde St. Ludgeri und Der Paritätische Helmstedt für die alternativen Standorte Kaisergarten und Harbker Weg fortgesetzt sowie die Planungen konkretisiert.

Herr Schmidt und Herr Dinter nehmen wieder an der Ratssitzung teil.

TOP 10 Bauleitplanung Helmstedt; Bebauungsplan S 356 Bad Helmstedt Teilbereich II (1. Änderung) Satzungsbeschluss -

V136/17

Frau Schadebrodt gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Fox macht deutlich, dass alle Bürgerinnen und Bürger große Erwartungen an das Projekt im Brunnental haben. Man freue sich, dass sich ein Investor gefunden hat, der das Projekt in Angriff nimmt. Man werde mit der Beschlussfassung einen wichtigen Schritt machen, um neues Leben und neue Attraktivität in das Brunnental zu bringen. Zwei Punkte sind allerdings aus seiner Sicht unbefriedigend. Die Nutzung von erneuerbaren Energien werde nicht berücksichtigt. Auf die sparsame und effiziente Nutzung von Energien werde im Bundesbaugesetz hingewiesen. Es gehe in diesem Zusammenhang auch um die Elektromobilität. Diese Themenfelder sind in der Vorlage nicht zu finden. Im BUA am 21.03.2017 wurde u. a. beschlossen, dass neu aufgestellte Bebauungspläne die Einrichtung von Ladestationen vorsehen sollen. Zudem gehe es in der Vorlage um wesentliche Änderungen des bisherigen Bebauungsplanes. Die Geschoßzahl werde auf 3 Geschosse angehoben. Seit Dezember 2016 steht die Forderung im Raum, dass der Investor klare planerische Vorstellungen zur Verfügung stellt. Diese wurden bislang nicht nachgereicht. Es gebe keine klare Regelung zur Baurealisierung. Grundsätzlich begrüßt die SPD-Fraktion das Engagement im Brunnental und wird daher auch der Vorlage zustimmen. Allerdings erwarte er Informationen über die weiteren Planungen.

Herr Viedt gibt den Hinweis, dass durch eine Beschlussfassung der Vorlage unter TOP 11 klare Regelungen dazu getroffen werden und dem Investor dann eine entsprechende Baugenehmigung mit genauen Regelungen erteilt werden kann.

Sodann fasst der Interims-Rat der Stadt Helmstedt einstimmig - bei 2 Enthaltungen - den nachfolgenden

Beschluss

1. Den Abwägungsvorschlägen (Anlage 3), zu den in der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen, wird beigetreten.
2. Der Bebauungsplan Nr. S 356 "Bad Helmstedt - Teilbereich II" (1. Änderung) wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung zum Bebauungsplan wird zugestimmt.

Anmerkung: Die im Beschluss genannte Anlage hat der Vorlage beigelegt.

TOP 11 Bauleitplanung Helmstedt; Örtliche Bauvorschrift für Bad Helmstedt (Neufassung) Satzungsbeschluss

V137/17

Herr Doil gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Sodann fasst der Interims-Rat der Stadt Helmstedt einstimmig - bei 1 Enthaltung - den nachfolgenden

Beschluss

1. Die Örtliche Bauvorschrift für Bad Helmstedt (Neufassung) wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung zur Örtlichen Bauvorschrift wird zugestimmt.

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen.

TOP 12 Bauleitplanung Helmstedt; Örtliche Bauvorschrift über Gestaltung für den Helmstedter Altstadtbereich (1. Änderung) Satzungsbeschluss -

V138/17

Herr Waterkamp gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Romba geht auf die zu beschließende Gestaltungssatzung ein. In dieser wird der Begriff Altstadt definiert. Der Bereich innerhalb der Wälle wird als Altstadt bezeichnet. Der künftige Begriff Innenstadt wird die Kernstadt sein.

Sodann fasst der Interims-Rat der Stadt Helmstedt mit 38 JA-Stimmen bei 1 NEIN-Stimme den nachfolgenden

Beschluss

1. Die Örtliche Bauvorschrift über Gestaltung für den Helmstedter Altstadtbereich (1. Änderung) wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung zur Örtlichen Bauvorschrift wird zugestimmt.

TOP 13 Bauleitplanung Helmstedt; Bebauungsplan Nr. J 333 Edelhöfe/Beek - Satzungsbeschluss -

V139a/17

Herr Viedt gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag. Er führt ausführlich zu der Thematik aus. Er bringt zum Ausdruck, dass nun endlich das sogen. Filetstück der Helmstedter Innenstadt beplant wird. In der Vergangenheit gab es sehr viele Ideen und auch Konzepte für das Areal. Allerdings kam es nie zur Umsetzung. Nun liege aber eine konkrete Planung vor und er hofft, dass es auch zur Umsetzung kommt. Er bedauert in diesem Zusammenhang, dass es nicht zur großen Lösung mit entsprechenden Zuschüssen des Bundes kommt. In diesem Konzept waren umfangreiche Ideen zu den Parkflächen enthalten. Trotz der nun fehlenden Bundesmittel plant die KWG dort trotzdem weiter. Dies sei aller Ehren wert. In den Diskussionen im Bau- und Umweltausschuss wurde oft über die Parkplatzsituation gesprochen. Allerdings hat niemand eine schriftliche Stellungnahme zur Parkplatzsituation abgegeben.

Herr Preuß stellt heraus, dass er seinerzeit bereits den Vorschlag gemacht hat, dass sozialer Wohnungsbau im Bereich der Edelhöfe geplant werde. Die jetzige Planung sei für ihn nichts Neues. Er freue sich, dass nun endlich der Wohnungsbau das Rennen gemacht habe. Bedauerlicherweise hat es nun sehr viele Jahre gedauert, bis es zur Umsetzung gekommen ist.

Sodann fasst der Interims-Rat der Stadt Helmstedt mit 38 JA-Stimmen bei 1 NEIN-Stimme den nachfolgenden

Beschluss

1. Den Abwägungsvorschlägen (Anlage 3), zu den in der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen, wird beigetreten.
2. Der Bebauungsplan Nr. J 333 "Edelhöfe/Beek" wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung zum Bebauungsplan wird zugestimmt.

Anmerkung: Die im Beschluss genannte Anlage hat der Vorlage beigelegt.

TOP 14 Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Helmstedt vom 27.07.2017: 1. Sachstand Stadtentwicklungskonzept

V145/17

Herr Junglas trägt den Antrag der SPD-Fraktion vom 27.07.2017 vor. Mittlerweile sei dieser zum Teil überholt. Am 16.08.2017 hat die Lenkungsgruppe zum Stadtentwicklungskonzept getagt. Es wurde ein erster Entwurf des Konzeptes vorgestellt, bei dem nun alle ihre Ideen und Gedanken einbringen können. Alle Beteiligten haben sich mit dem Entwurf und der Vorgehensweise, die der Planer und die Verwaltung vorgeschlagen haben, einverstanden erklärt. Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich das Stadtentwicklungskonzept. Er gibt den Hinweis, dass es Übersichten im Konzept gibt, bei denen Büddenstedt und Offleben noch fehlen.

Der Bürgermeister führt zum Stadtentwicklungskonzept aus, dass im vergangenen Jahr der Rat der Stadt Helmstedt auf Vorschlag der Verwaltung im Nachtragshaushalt die Grundlage dafür gelegt hat, dass ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept in Angriff genommen werden kann. Nach Fertigstellung des Konzeptes soll die Möglichkeit bestehen, für Projekte auf verschiedenen Fördertöpfen zugreifen zu können. Im Mai wurde der Auftrag an das Planungsbüro Complan vergeben. Das Ziel, das verfolgt wird, ist, dass im Jahr 2018 nach verschiedenen Beteiligungsstufen insbesondere im Bereich der öffentlichen Beteiligung ein Stadtentwicklungskonzept auf den Weg gebracht werden kann. Mitte Juli wurden die Einladungen für die erste Sitzung der Lenkungsgruppe verschickt. In einer ersten Veranstaltung am 16.08.2017 wurden verschiedene Dinge (z. B. die Entwicklung der Stadt Helmstedt endet nicht an der Landesgrenze) besprochen. Die erste Bürgerversammlung ist für den 08. November 2017 geplant. Parallel dazu soll auch ein Einzelhandelskonzept entwickelt werden. Man warte allerdings noch auf verlässliche Daten des Regionalverbandes Großraum Braunschweig.

Frau Schadebrodt geht insgesamt auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 27.07.2017 ein. Dieser sei für sie kein Dringlichkeitsantrag, sondern vielmehr den Zeiten des Wahlkampfes geschuldet. Es hätte aus ihrer Sicht keiner Sondersitzung des Rates bedurft. Zum Stadtentwicklungskonzept führt sie aus, dass die Verwaltung am 12.07.2017 zu einem ersten Treffen eingeladen hat. Dies war allen Fraktionen bekannt. Insofern hätte man zu diesem Punkt auf eine Ratssitzung verzichten können. Zur Ansiedlung EDEKA hat der Bürgermeister bereits in der Juli-Ratssitzung ausführlich Stellung genommen und die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der städtischen Einflussnahme, aufgezeigt. Sicherlich wünsche man sich ein beschleunigtes Verfahren und eine schnellere Ansiedlung von EDEKA an der Braunschweiger Straße, aber ständiges öffentliches Drängeln des Rates ist für die Investoren nicht förderlich, sondern evtl. sogar abschreckend. EDEKA ist nicht auf Helmstedt als Standort angewiesen. Sie untersuchen parallel dazu viele Standorte in ganz Deutschland. Die Erarbeitung eines Parkraumbewirtschaftungskonzeptes hat die Verwaltung bereits vor längerer Zeit verbindlich zugesagt. Daran werde man auch nicht zweifeln. Dieses Konzept werde rechtzeitig vor der Fertigstellung des neuen Wohnungsbauprojektes erarbeitet und auch abgestimmt. Seit

Bestehen des Arbeitskreises Fusion hätte die Möglichkeit bestanden, sich für die Einrichtung von Fachausschüssen in der Interimsphase des Rates auszusprechen. Es erscheint ihr unverständlich, warum sich die SPD erst im Juli zu diesem Thema gemeldet hat. Aus ihrer Sicht ist ein erhebliches Informationsdefizit nicht gegeben. Unverständlich sei in diesem Zusammenhang die Verlegung einer dringlichen Sitzung auf Antrag eines Fraktionsmitgliedes der SPD.

Herr Strümpel stellt klar, dass es in der SPD-Fraktion durchaus Informationsdefizite gab und gibt. Es sei das gute Recht einer jeden Fraktion, Anträge auf Sachstandsberichte zu stellen. Er ergänzt, dass der Antrag der SPD vorsah, dass es eine Sondersitzung bis zum 24.08.2017 geben soll. Er verweist abschließend auf eine Reihe von Anfragen der FDP, über die bereits vorher einige Male gesprochen wurde.

Herr Junglas erklärt, dass die Ratssitzung aufgrund der wichtigen Themen wie Edelhöfe und Kindergärten ohnehin stattfinden müssen.

Der Bürgermeister pflichtet zu Teilen Frau Schadebrodt bei, wobei er klarstellt, dass es das Recht in einer Demokratie ist, Anträge auf Sondersitzungen zu stellen. Er bittet alle darum, dass man sich nun wieder auf die eigentliche Arbeit des Rates konzentriere und sich nicht in Formalien verstricke. Für eine positive Außenwirkung der Stadt Helmstedt sei eine Einigkeit im Rat von nöten.

Herr Engelke stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Zunächst führt er aber aus, dass die Sitzung am 17.08.2017 aufgrund eines Fehlers der Verwaltung vertagt werden musste und nicht aufgrund der Ansicht der Ratsmitglieder. Er fordert entsprechenden Respekt des Bürgermeisters gegenüber den Ratsmitgliedern.

Die Ratsvorsitzende ruft Herrn Engelke zur Ordnung, da dieser durch Zwischenrufe auffällt.

Herr Schünemann führt zum Sitzungsausfall am 17.08.2017 aus, dass es bedauerlich sei, dass man die Sachaufklärung von Herrn Alder in parteipolitische Zwänge hinein zieht. Die Ratsvorsitzende ist letztendlich der Aufforderung von Herrn Alder gefolgt. Die Rechtssicherheit der Beschlüsse stand bei allen im Vordergrund. Daher habe man sich gemeinsam dazu entschlossen, die Sitzung zu vertagen.

TOP 15 Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Helmstedt vom 27.07.2017: 2. Sachstand Ansiedlung EDEKA (u.a. Stand der Planung)

V145/17

Herr Fox trägt den Antrag der SPD-Fraktion vom 27.07.2017 vor. Es war und ist aus seiner Sicht notwendig, im Rat über die Themen des Antrages zu sprechen. Es soll eine Lösung in der Thematik EDEKA erreicht werden. Eine Ansiedlung des Marktes wird den Bürgern eine lebendigere Innenstadt bringen. Mit einem offenen Brief der SPD-Fraktion vom 01.06.2017 ist nun Bewegung in die Sache gekommen, was vorher nicht der Fall war. Man erwarte, dass die Verwaltung die Ansiedlung in einer absehbaren Zeit in einen verbindlichen Rahmen bekommt. Er bittet um einen entsprechenden Sachstandsbericht durch den Bürgermeister.

Der Bürgermeister führt zur Ansiedlung eines EDEKA-Marktes an der Braunschweiger Straße aus, dass der damalige Rat der Stadt Helmstedt im Dezember 2008 beschloss, die städtischen Grundstücke im Gebiet Braunschweiger Straße an den Investor H. zu verkaufen. Es folgten vier Jahre, in denen der Investor H. dieses Projekt aus verschiedenen Gründen nicht abschließen konnte. Als ein Ende dieser Bemühungen, und vor allem der Vorverträge, absehbar war, entschloß er sich im Jahr 2012, direkt mit der EDEKA in Kontakt zu treten. Die Ortsbesichtigung und die folgenden Gespräche verliefen positiv. Die EDEKA bekräftigte ihr Interesse, an einem weiteren Standort in Helmstedt an der Braunschweiger Straße sesshaft zu werden. Nach Ausscheiden des Investors H. übernahm im Jahr 2012 ein anderer Aufgabenträger den

Versuch, die notwendigen Grundstücke zu erwerben. Aufgrund mehrerer Eigentümer, die nicht verkaufsbereit waren, zog sich dieser Investor bereits zur Jahresmitte 2013 von dem Vorhaben zurück. Nach weiteren Gesprächen mit der EDEKA beauftragte diese einen weiteren Projektentwickler mit dem Erwerb und der Beplanung des Quartiers. Was folgte waren drei Jahre, teils mühevole vertrauensbildende Maßnahmen, und mehrere Planungen, um das Vorhaben realisieren zu können. Es fanden zwei Eigentümerversammlungen im Helmstedter Rathaus statt und viele Einzelgespräche, auch unter Mitwirkung der Stadtverwaltung, statt. Letztendlich stand erst im Jahr 2016, also vor gut einem Jahr, fest, dass nunmehr alle benötigten Grundstücke grundsätzlich zum Verkauf zur Verfügung stehen. Daher wurden im Jahr 2016 die notwendigen bauplanerischen Abstimmungen zwischen der EDEKA, dem Planer und der Stadt Helmstedt vorgenommen. Nach aktuellem Stand wurde dabei Einigkeit erzielt. Parallel dazu erfolgten die detailreichen Kaufverhandlungen zwischen Investor und privaten Eigentümern. Es liege in der Natur der Sache, dass die Stadt Helmstedt hier nicht einbezogen werde, da es sich um rein private Verhandlungen handele. Problematisch wurden die Verhandlungen durch die Veröffentlichung des offenen Briefes. Die Situation wurde auch in Hannover u. U. publiziert. Dies führte dazu, dass die Oberfinanzdirektion Kenntnis von der Situation in Helmstedt erhielt. Ein Grundstück an der Braunschweiger Straße ist dem Land Niedersachsen übereignet worden. EDEKA versuchte, dieses Grundstück vom Land zu erwerben. Dem Land war die besondere Lage des Grundstückes bewusst und man pokert nun um einen entsprechenden Preis. Der Bürgermeister zeigt sich zuversichtlich, dass man sich mit dem Land Niedersachsen auf einen Preis einigen könne. Er unterstreicht, dass alles nur gelingen könne, wenn alle Grundstücke zur Verfügung stehen. Ganz ausdrücklich bedankt er sich bei Herrn Jens-Christian Kuthe für dessen Unterstützung im gesamten Prozess. Zudem bedankt er sich beim Wirtschaftsförderer Rainer Metschke, der dieses Projekt seit Beginn mit sehr viel Herzblut begleitet.

Herr Engelke weist darauf hin, dass es sich beim aktuellen TOP um einen Antrag der SPD handele. Dementsprechend müsste der Rat über diesen Antrag abstimmen. Dies wurde aber nicht gemacht. Vielmehr wurde von der SPD-Fraktion eine Frage gestellt, die von der Verwaltung beantwortet wurde. Eine Diskussion habe hierzu aber nicht zu erfolgen. Diese Anfragen der SPD hätten auch zu Beginn der Sitzung unter Fragestunde des Rates abgehandelt werden können. Der SPD sei es nun gelungen, eine Anfrage in einen Antrag umzumünzen. Es hätte eine Abstimmung erfolgen müssen, ob eine Debatte zugelassen wird. Aus seiner Sicht sei alles, was bislang hier gelaufen wäre, rechtswidrig. Wenn eine Debatte gewollt sei, dann müsse darüber abgestimmt werden.

TOP 16 Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Helmstedt vom 27.07.2017: 3. Sachstand Parkraumbewirtschaftungskonzept

V145/17

Herr Fox trägt den Antrag der SPD-Fraktion vom 27.07.2017 vor. An die Mitglieder der SPD-Fraktion wurden zahlreiche Fragen von Bürgern heran getragen. Daher habe sich die SPD-Fraktion entschlossen, einen Sachstand zum Parkraumbewirtschaftungskonzept anzufordern.

Herr Otto berichtet, dass vor gut einem Jahr im Zusammenhang mit der sich abzeichnenden Entwicklung des Bereiches Campus - Kybitzstraße/Schuhstraße -, dem Vorhaben "Edel-Höfe" sowie der sich positiv abzeichnenden Situation im Bereich Langer Steinweg/Schützenwall seitens der Verwaltung erkannt wurde, dass es durch die wegfallenden Parkplätze und dem entstehenden Platzbedarf durch die Neubauten zu Problemen bez. d. Parkraumes kommen werde. Derzeit laufe eine Bestandsaufnahme durch die Mitarbeiter des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung. Die verschiedenen Belegungen der öffentlichen Parkplätze werden dabei beobachtet. Eine Umsetzung werde zeitnah geschehen. Er gehe davon aus, dass man das Konzept spätestens im 2. Quartal des Jahres 2018 vorlegen könne. Parkraum sei grundsätzlich ausreichend vorhanden. Dieser müsse jedoch so bewirtschaftet werden, dass alle

Personen/Gruppen berücksichtigt werden. Man denke dabei an die Bewohner(-parkplätze), an die Besucher, an die Personen, die in der Innenstadt arbeiten, aber auch an die Sperrungen wegen der Straßenreinigung. Es laufen darüberhinaus Gespräche mit dem Besitzer des Parkdecks an der Stobenstraße bzw. der Tiefgarage am Gröpern. Das Büro Complan war in Helmstedt zu Gast. Die Mitarbeiter wurden befragt, wie sie die Parkraumsituation in Helmstedt bewerten. Im Vergleich zu vielen anderen Städten sei die Situation in Helmstedt ausgesprochen entspannt.

Herr Engelke mahnt erneut an, dass über den Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt werden muss. Es liege ein Antrag vor, über diesen müsse abgestimmt werden. Es müsse einen Beschluss über die Debatte geben. Ratsanfragen sind über den Punkt Fragestunde des Rates an den Bürgermeister bzw. die Verwaltung zu richten. Herr Engelke stellt auf Nachfrage von Frau Heister-Neumann den Antrag, dass über den aktuellen Tagesordnungspunkt und den Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt wird.

Die Ratsvorsitzende stellt den Antrag von Herrn Engelke zur Abstimmung. Dieser wird mit 33 NEIN-Stimmen bei 2 JA-Stimmen sowie 4 Enthaltungen abgelehnt.

TOP 17 Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Helmstedt vom 27.07.2017; Antrag auf Einrichtung des Bau- und Umweltausschusses; - abgesetzt -

V146/17

Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt, da die SPD-Fraktion den Antrag zurückgezogen hat.

TOP 18 Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Helmstedt vom 06.08.2017; Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs

V148/17

Herr Ryll gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt, erläutert ausführlich den Antrag und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Winkelmann stellt klar, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits in der Ratssitzung am 13.03.2017 zum ÖPNV im Zusammenhang mit der Fusion eine Anfrage gestellt hat. Es wurde u. a. angemerkt, dass es zwischen Offleben und Helmstedt keine direkte Verbindung gebe. In der damaligen Sitzung wurden die Fragen vom Bürgermeister mündlich beantwortet. Eine schriftliche Beantwortung folgte kurze Zeit später. Er pflichtet der CDU-Fraktion bei, dass die Verbindungen zwischen den neuen Ortsteilen und der Stadt Helmstedt Verbesserungswürdig sind. Die Stärkung des ÖPNV war schon immer ein Schwerpunkt der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Insofern werde seine Fraktion dem Antrag der CDU folgen.

Herr Zogbaum macht für die SPD-Fraktion deutlich, dass man ebenfalls dem Antrag der CDU zustimmen werde. Es sei wichtig, dass man sich dem Thema ÖPNV annehme und vor allem müsse man auch zeigen, dass es Änderungen bzw. Verbesserungen geben muss. Im November 2016 hat das SPD-Mitglied Herr Mehlem die Ratsvorsitzende angeschrieben, um genau diese Thematik vom Rat beschließen zu lassen. Er erhielt jedoch keine Antwort. Am 16. August erhielt er eine E-Mail der Verwaltung mit dem Hinweis, dass seine Anregung aufgenommen wurde.

Frau Schadebrodt führt aus, dass es auch die FDP-Fraktion für erforderlich hält, die Preise für Busfahrten von und in die neuen Ortsteile an die bestehenden Fahrpreise anzugeleichen. Deshalb hatte ihre Fraktion zu Beginn des Jahres eine entsprechende Anfrage an die Verwaltung gestellt. Nach der Fusion könne es nicht sein, dass die Bürger aus den neuen Ortsteilen mehr bezahlen müssten als alle anderen Helmstedter. Die Verwaltung hat seinerzeit darauf hingewiesen, dass die Einteilung der Tarifzonen nicht der Rat, sondern insgesamt 4

verschiedene Institutionen beschließen. Der Rat müsse dann auch die entsprechenden Haushaltsmittel dafür erhöhen. Die FDP-Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Herr Strümpel gibt den Hinweis, dass man über ein Jobticket für Berufstätige nachdenken sollte.

Der Bürgermeister zeigt sich erfreut, dass man sich offen zum ÖPNV bekennt. Allerdings müsse man auch bedenken, dass Änderungen auch höhere Haushaltsmittel nach sich ziehen. Eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV sei aus seiner Sicht ebenfalls unverzichtbar. Gerade an den Wochenenden seien die Verbindungen verbessерungswürdig. Ebenfalls müssen die Bushaltestellen ausgebaut bzw. überdacht werden. Insgesamt muss der ÖPNV attraktiver werden.

Sodann fasst der Interims-Rat der Stadt Helmstedt einstimmig den nachfolgende

Beschluss

1. Die gesamte Stadt Helmstedt soll schnellstmöglich in die Tarifzone 1 des Verbundtarifs Region Braunschweig eingestuft werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten der Verbesserung der Busanbindungen im gesamten Stadtgebiet zu prüfen. Ziel muss es sein, insbesondere die Anbindung der Dörfer Büddenstedt, Offleben, Reinsdorf und Hohnsleben an die Kernstadt Helmstedt und an den Schienengebunden-Personennahverkehr zu verbessern.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung eines Stadttafes zu prüfen.
4. Der Rat der Stadt Helmstedt soll Gespräche mit dem Landkreis Helmstedt und den landkreisangehörigen Städten und Gemeinden aufnehmen mit dem Ziel, dass der gesamte Landkreis Helmstedt in die Tarifzone 1 des Verbundtarifs Region Braunschweig eingestuft wird.

TOP 19 Festlegung eines abweichenden Termins für die mögliche Stichwahl zur Bürgermeisterwahl

V150/17

Herr Ide gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Sodann fasst der Interims-Rat der Stadt Helmstedt einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Eine erforderliche Stichwahl zur Wahl der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters der Stadt Helmstedt am 24.09.2017 findet, abweichend von § 45b (3) S. 1 des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes, am Sonntag, den 15.10.2017 statt.

TOP 20 Verwaltung der Kirchlichen Friedhöfe St. Stephani und St. Marienberg; - Betriebsübergang auf die Stadt Helmstedt zum 01.01.2018 -

V126a/17

Frau Wiesenborn gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Sodann fasst der Interims-Rat der Stadt Helmstedt einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Die Verwaltung der kirchlichen Friedhöfe St. Stephani und St. Marienberg geht zum 01.01.2018 auf die Stadt Helmstedt über. Der in der Vorlage 126/17 als Anlage beigefügte Vertrag wird beschlossen.

TOP 21 Beschluss über den Gesamtabschluss 2015

V152/17

Frau Klimaschewski-Losch gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Sodann fasst der Interims-Rat der Stadt Helmstedt einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Der Gesamtabschluss der Stadt Helmstedt für das Haushaltsjahr 2015 wird gem. § 129 Abs. 1 NKomVG beschlossen.

TOP 22 Bauleitplanung Helmstedt; Bebauungsplan Nr. J 358 Poststraße-Mitte Auslegungsbeschluss, 2. Durchgang -; - abgesetzt -

Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 23 Neuabschluß der Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe im Landkreis Helmstedt

V158/17

Frau Bosse gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Der Bürgermeister ergänzt, dass die Vorlage bzw. der Vertrag nach langen Verhandlungen mit dem Landkreis Helmstedt entstanden ist. Es waren sehr fruchtbare Verhandlungen. Am Ende der Verhandlungen konnte ein Ergebnis erzielt werden, mit dem alle Verhandlungspartner zufrieden sind. Es ist ein wichtiger Schritt für die Stadt Helmstedt, aber auch ein wichtiger Schritt in Bezug auf die Horte. Der Landkreis Helmstedt legt mit der Vereinbarung fest, dass er über einen abgestuften Zeitraum in den nächsten Jahren komplett von der Finanzierung der Horte Abstand nehmen wird. Daher werde auf die Stadt Helmstedt eine Diskussion über die Zukunft der Horte zukommen.

Herr Broughman verlies kurzfristig und kurzzeitig wegen einer privaten Angelegenheit das Rathaus. Er bemängelt, dass er Schwierigkeiten hatte, wieder in das Rathaus zu kommen, da alle Türen verschlossen waren.

Herr Preuß fragt, ob es eine freiwillige Leistung ist, wenn der Landkreis aus der Bezuschussung der Horte aussteigt und die Stadt Helmstedt die Horte weiter betreibt. Der Begriff "in absehbarer Zeit" sei ihm in diesem Zusammenhang zu ungenau.

Herr Ide macht sich stark für eine solide Ganztagsbetreuung. Wenn nun der Landkreis in den nächsten Jahren aus der Bezuschussung der Horte aussteigt, stehe die Stadt Helmstedt vor einem Problem. Daher werde er sich bei der Abstimmung enthalten.

Der Bürgermeister antwortet auf die Frae von Herrn Preuß, dass der Betrieb eines Hortes eine Pflichtaufgabe ist. Insofern kommt es nicht zum Anstieg der freiwilligen Leistungen. Er verweist auf § 3 der Vereinbarung, der sich mit der Finanzierung der Kindertageseinrichtungen beschäftigt.

Sodann fasst der Interims-Rat der Stadt Helmstedt einstimmig - bei 2 Enthaltungen - den nachfolgenden

Beschluss

Die Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe im Landkreis Helmstedt ist in der vorliegenden Fassung mit dem Landkreis Helmstedt abzuschließen.

TOP 24 Platzsituation in den Grundschulen überprüfen; Antrag von Hrn. Engelke, Ratsherr DIE LINKE.

V157/17

Herr Engelke trägt den Antrag vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Strümpel weist darauf hin, dass die Belegungszahlen der Schulen z. Zt. zusammen getragen werden und dann von der Verwaltung bekannt gegeben werden. So wurde dies auch in der Vergangenheit praktiziert. Die Zahlen werden voraussichtlich im Oktober zur Verfügung stehen. Er empfiehlt, dass der Antrag im neuen Rat nach der Kommunalwahl eingebracht werden sollte. Die 4 Grundschulen in der Stadt und die 2 Grundschulen in den Ortsteilen leisten gute Arbeit. Die Höhe der Klassenfrequenzen hat nichts mit der Anzahl der Schulen zu tun. Sie hängen vielmehr von den Anmeldungen und von den Teilungsgrenzen nach dem Klassenbildungserlaß ab. In den Grundschulen können in einer Klasse bis zu 26 Schüler sein. Ab 27 Schüler kann dann auf 2 Klassen aufgeteilt werden. Auf Nachfrage in den Schulen gibt es keine Überfüllung der Klassen. Gruppenarbeit findet nicht wegen der Überfüllung von Klassen auf den Fluren statt, sondern diese sei durchaus pädagogisch sinnvoll. Herr Strümpel empfiehlt Herrn Engelke, dass dieser den Antrag noch einmal überarbeitet.

Für Frau Schadebrodt werden in der Antragsbegründung die Tatsachen von Herrn Engelke verdreht. Die Grundschule Ostendorf wurde nicht aus rein finanziellen Gründen geschlossen. Wenn in 20 Jahren die Schülerzahlen um rund ein Drittel zurück gegangen sind, dann ist es die Pflicht, auch eine unpopuläre Entscheidung wie eine Schulschließung zu treffen. Der Bedarf war aufgrund der zu erwartenden Schülerzahlen nicht mehr gegeben. Der finanzielle Bedarf für die Ausstattung der Schulen steige allerdings immer weiter an. Die FDP-Fraktion werde den Antrag von Herrn Engelke ablehnen.

Frau Gogolin vertritt die Meinung, dass die Klassen in den Grundschulen zu groß sind. Zudem habe der Bürgermeister in einer Podiumsdiskussion bestätigt, dass die Schulschließung ein großer finanzieller Aspekt war. Dabei wurde auch erklärt, dass die Einsparungen durch die Schließung der Schule nicht eingetroffen sind. Sie schlägt gemeinsame Gespräche zwischen den Schulleitern und der Politik vor und rät Herrn Engelke, den Antrag im neuen Rat einzubringen.

Der Bürgermeister geht noch einmal auf die Gründe der Schulschließung ein. Die Tatsache, dass es 40 Prozent weniger Schüler gebe, habe zu der Maßnahme geführt. Die Schülerzahlentwicklung könne man auch dem Ratsinformationssystem entnehmen.

Herr Engelke bedauert, dass diejenigen, die die Schulschließung der Grundschule Ostendorf zu vertreten haben, ihre Entscheidung von damals verteidigen. Es sei richtig, dass die Helmstedter Bevölkerungszahl durch die Anzahl der Kinder abgenommen hat. Das war und ist die Begründung für die Schulschließung. Diese Begründung reiche allerdings nicht aus. Die Schülerzahlen hätten durchaus über Jahre hinaus den Schulbetrieb der GS Ostendorf sichern können. Die Begründung des Demografischen Wandels erweist sich daher als unglaublich. Die Platzsituation in den Schulen habe sich auf ein Maß verengt, dass den Unterricht schädigt. Man müsse hier reagieren. Es gehe um die Kinder, aber auch um die Unterrichtsbedingungen für die Lehrer, die durch die schlechten Bedingungen beeinträchtigt werden. Die Stadt

Helmstedt habe ein Aushängeschild verloren. Sie werde für dringend benötigte Unternehmensansiedlungen benötigt. Man habe aus einem Standortvorteil einen Standortnachteil gemacht. Man verheimliche die Mängel, die mit der Schulschließung gemacht worden sind.

Der Antrag wird mit 31 NEIN-Stimmen bei 4 JA-Stimmen sowie 4 Enthaltungen abgelehnt.

TOP 25 Bekanntgaben

TOP 25.1 Ablösung der Pflicht zur Herstellung notwendiger Einstellplätze

B038/17

Die Ratsvorsitzende verweist auf die schriftlich vorliegende Bekanntgabe.

Herr Romba stellt die Frage, wann mit einem Satzungsentwurf zur vorliegenden Thematik zu rechnen sei.

Herr Otto antwortet, dass man dem neuen Rat zeitnah einen entsprechenden Satzungsentwurf vorlegen werde. Dieser sei auch im Zusammenhang mit dem Parkraumbewirtschaftungskonzept zu sehen.

Herr Fox macht deutlich, dass gemäß der Satzung bislang fehlende Parkplätze durch entsprechende Zahlung abgelöst werden können. In bestimmten Fällen kann die Zahlung allerdings auch abgelehnt werden. Gemäß der Bekanntgabe habe man z. Zt. keine Handlungsmöglichkeiten. Daher sei es sinnvoll, die Satzung künftig entsprechend neu zu fassen. Er bittet um eine Information, in welche Richtung die Entscheidung gehen wird.

Der Bürgermeister verweist auf die Ausführungen von Herrn Otto. Demnach wird man einen Entwurf vorbereiten und in die Beratung der politischen Gremien geben.

Der Interims-Rat der Stadt Helmstedt nimmt die Bekanntgabe sodann zur Kenntnis.

TOP 26 Einwohnerfragestunde

Den anwesenden Einwohnern wird erneut Gelegenheit gegeben, sich zu den Tagesordnungspunkten und zu sonstigen Angelegenheiten der Gemeinde zu äußern, sowie Fragen an die Ratsmitglieder und die Verwaltung zu stellen. Hiervon wird in einem Fall Gebrauch gemacht.

Sodann beendet die Ratsvorsitzende Elisabeth Heister-Neumann um 20:45 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates der Stadt Helmstedt. Nachdem alle Gäste den Ratssaal verlassen haben, eröffnet sie den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Rates der Stadt Helmstedt.
